Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 4.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 4.00 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 12.00 Mark, monatlich 4.00 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Unsere Zeitungsausträger und Ausgabestellen, sowie die Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg., Reklamepetitzeile für Aue und den Bezirk Schwarzenberg 240 Pfg., sonst 320 Pfg. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Text kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 31. Montag, den 7. Februar 1921. 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Die Einladung der Alliierten zur Teilnahme an der Londoner Konferenz ist in Berlin mündlich überbracht worden.

•

Der preußische Minister des Innern hat ein bedingtes Verbot der Tanzlustbarkeiten erlassen. Auch das bayrische Ministerium hält seinen Beschluß auf Verbot des Karnevals aufrecht.

•

Eine Abstimmung im ungarischen Parlament hat eine Mehrheit gegen die Regierungsvorlage über die Thronbesteigung durch einen Habsburger ergeben.

•

Der Ausschuß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes lehnte in seiner gestern abgehaltenen Sitzung die geplanten Zollerhöhungen und alle Beschränkungen der Einfuhr ab.

Die Einladung nach London.

Der französische Botschafter hat am Freitag im Auftrage des Präsidenten der Pariser Konferenz anläßlich seines Besuches beim Reichsminister des Aeußeren mündlich die Einladung übermittelt, zum 1. März deutsche Delegierte nach London zu entsenden. Der Minister hat sich die Antwort auf die Einladung vorbehalten.

Mr. Hr. Charles Laurent, Exzellenz, beglaubigter Botschafter der französischen Republik beim Deutschen Reich, hat nun also anläßlich eines Besuches, den er dem deutschen Außenminister machte, im Auftrage des Präsidenten der Pariser Konferenz mündlich eine Einladung für die Londoner Konferenz, die am 1. März stattfinden soll, überbracht. Er hat seiner Einladung nichts hinzugefügt, und Dr. Simons war daher nicht in der Lage auf diese Einladung zu antworten, sondern hat sich vielmehr die Antwort vorbehalten, da erst noch eine Reihe von Vorfragen geklärt werden müssen. Wir müssen erst wissen, welchem Zweck die Londoner Konferenz dienen soll. Wir haben die feste Zusage, auf der Wiedergutmachungskonferenz als gleichberechtigte Verhandlungsteilnehmer zu gelten. Zu dieser Gleichberechtigung gehört aber auch die Tatsache, daß nicht über ein festes Abkommen verhandelt wird, sondern daß das jetzige Abkommen nur den Charakter von Vorschlägen hat, denen wir andere Vorschläge entgegenstellen, über die ebenso verhandelt werden muß wie über das Pariser Abkommen. Hierüber müssen wir erst klaren Bescheid haben, und nur, wenn diese Vorfragen in dem hier skizzierten Sinne beantwortet worden sind, hat es überhaupt einen Zweck, nach London zu gehen. In jedem anderen Fall können wir vorerst darauf verzichten, besonders aber dann, wenn die deutschen Vertreter nur gezwungen werden sollten, ihren Namen unter ein fertiggestelltes Diktat zu setzen. Auch die Auskunft, die der Ministerpräsident Briand in der Kammer gegeben hat, daß über die Flüssigmachung der Schuld gesprochen werden würde, genügt uns keineswegs. Das will nur bedeuten, daß man darüber verhandeln will, wem der Provisionsprofit an etwaigen Krediten, die man Deutschland unter Umständen vielleicht geben will zufallen soll. Wie die Stimmung in Deutschland ist, davon können sich ja die hier weilenden Ententevertreter, wenn sie die Augen aufmachen, überzeugen. Sie werden dann ja sehen, daß eine Gleichstellung mit dem Deutschland vor der Unterzeichnung des Versailler Vertrages vollkommen irrig wäre. In dieser Beziehung ist besonders der Aufruf wertvoll, den die deutschen Arbeiter- und Angestellten-Gewerkschaften an die Arbeiter der Welt gerichtet haben, ein Aufruf, der darauf hinweist, daß man jetzt eine Summe von uns erpressen will, die so groß ist, wie das ganze deutsche Nationalvermögen vor dem Kriege. Die deutschen Arbeiter sind nicht willens, Sklavendienste für die Entente zu leisten, wie das ganze deutsche Volk nicht willens ist, ein Sklavenvolk der Entente zu werden.

Danzigs internationaler Hafen.

W. W. Die wirtschaftliche Notlage der vom Kriege betroffenen Länder hat bewirkt, daß diese in der Ferne nach Hilfe suchen. Da richtet sich in erster Linie der Blick nach Amerika, und die Vereinigten Staaten haben denn auch — wenigstens für das neuerstandene Polen — eine Hilfstätigkeit entwickelt, die einzig dasteht. Der Weg von Newyork nach Warschau führt über Danzig, und das Erscheinen amerikanischer Handelsschiffe im Danziger Hafen bedeutet den Beginn einer neuen Zeit. Bis zum Jahre 1913 hatte noch kein Schiff unter amerikanischer Flagge den Danziger Hafen angelaufen. Es schien, als ob es nur die Linien Newyork—Hamburg oder Newyork—Bremen gäbe. Die Nordsee nahm fast allen überseeischen Verkehr auf, und die Ostseehäfen verloren immer mehr an Bedeutung; nur Stettin weist einen steigenden Verkehr auf. Die in Newyork und Warschau entstandenen polnischen Schiffahrtsgesellschaften haben nach dem Kriege alle Kräfte aufgeboten, um den Seehandelsverkehr — in erster Linie mit den Vereinigten Staaten — einzurichten und zu steigern, und dieses Bestreben scheint nicht ohne Erfolge geblieben zu sein. Im vergangenen Jahre sind im Danziger Hafen nicht weniger als 60 amerikanische Schiffe mit 233 400 Nettoregistertonnen eingelaufen. Polen braucht nicht nur Lebensmittel, Kleider und Rohstoffe, sondern auch Industrieerzeugnisse aller Art. Rußlands Wirtschaftspolitik war darauf gerichtet, Polen niederzuhalten und nicht an den Welthandel anzuschließen. Davon zeugen u. a. die vernachlässigte Weichselregulierung und der geringe Ausbau des Eisenbahnnetzes. Das Versäumte läßt sich nicht im Handumdrehen gutmachen; aber die Amerikaner haben jetzt ihre Hand im Spiel und wollen Polen in die Höhe bringen, natürlich in der Absicht, dabei zu verdienen.

England ist im Welthandel und Weltverkehr aber viel zu sehr erfahren, als daß es nicht erkennen sollte, was Amerika bezweckt. England weiß, daß Polen die Tür zu dem riesigen russischen Wirtschaftsgebiete ist und möchte Amerika in Polen wirtschaftlich nicht allmächtig werden lassen. So hat auch der englische Schiffsverkehr im Danziger Hafen seit 1913 erheblich zugenommen. Während damals 102 englische Schiffe mit 78 970 Nettoregistertonnen im Danziger Hafen erschienen, stieg diese Zahl im vergangenen Jahre auf 215 mit 256 464 Nettoregistertonnen. Sogar französische Schiffe, die bis 1913 überhaupt nicht im Danziger Hafen erschienen waren, zeigen sich seit 1919, wo ihre Zahl 9 mit 12 014 Nettoregistertonnen betrug, während sie 1920 auf 16 mit 23 880 Nettoregistertonnen stieg. Holländische, norwegische und schwedische Schiffe laufen zwar den Danziger Hafen wie früher an, allein die Zahl der Schiffe und Tonnage des Jahres 1920 bleibt hinter der des Jahres 1913 sehr erheblich zurück. Im Jahre 1913 liefen 99 holländische Schiffe mit 37 381 Nettoregistertonnen ein; 1920 betrug ihre Zahl nur 48 mit 29 236 Nettoregistertonnen. Noch viel ungünstiger gestaltet sich das Zahlenverhältnis der norwegischen Schiffe. Während 1913 nicht weniger als 203 Schiffe mit 124 248 Nettoregistertonnen eintrafen, waren es 1920 nur 59 mit 34 197 Nettoregistertonnen. Etwas weniger ungünstig gestaltete sich das Verhältnis schwedischer Schiffe mit 332 und 70 249 Nettoregistertonnen im Jahre 1913 und 103 mit 26 459 Nettoregistertonnen im Jahre 1920. Die Zahl der deutschen Schiffe ist naturgemäß am größten; doch ist ihre Zahl von 1898 Schiffen mit 526 498 Nettoregistertonnen im Jahre 1913 mit 1006 und 204 958 Nettoregistertonnen im Jahre 1920 noch nicht erreicht. Die Schiffe anderer Länder kommen bei dem internationalen Verkehr im Danziger Hafen weniger in Betracht. Wenn in Polen und den anderen russischen Randstaaten erst Ruhe und Ordnung herrschen werden, kann der internationale Schiffsverkehr im Danziger Hafen zu großer Bedeutung gelangen. Die Weichsel ist eine mächtige Verkehrsader, die bis weit nach Polen und Rußland hineinreicht und einmal eine große Rolle für den osteuropäischen Verkehr spielen wird.

Amerikanische Stimmungen.

Ein großes amerikanisches Ausfuhrhaus gibt einer Dresdener Firma in einem Briefe folgendes interessante Bild von den Stimmungen in der Union. Nach dem Dresdener Anzeiger heißt es in dem Briefe:

Wir nehmen Bezug auf unser Schreiben vom 20. August 1920 und gestatten uns, zu bemerken, daß die darin ausgedrückten Bedenken fast völlig zur Wirklichkeit geworden sind. Wir haben deshalb unterlassen, im verflossenen Jahre abermals unsere gesellschaftlichen und politischen Ansichten unseren Vertretern zugehen lassen. Wir wären einfach in die Lage versetzt worden, die seinerzeit geschilderten Verhältnisse nur noch schwärzer zu entwickeln, und unter dem allgemeinen Druck der zerrütteten Weltinteressen hielten wir es für geraten, weitere geschäftliche Berichte einstweilen einzustellen. Das ganze Geschäft in Amerika war in den letzten drei Monaten des Jahres 1920 ein Chaos und verzeichnete Verluste, die im allgemeinen die während des Krieges gemachten Gewinne bei weitem überschritten haben. Die Privatkredite wurden von den amerikanischen Banken zurückgezogen, große Posten aller Produkte wurden gezwungen auf den Markt geworfen, und der dadurch bedingte demoralisierte Warenmarkt braucht nicht mehr erörtert zu werden. Dieser Zustand kann einfach mit dem Worte Panik in kommerzieller Weise bezeichnet werden. Das Jahr 1920 ist nun mit allen seinen Leiden und Enttäuschungen verflossen, und soweit wir die Zukunft in geschäftlichen und politischen Beziehungen zu beurteilen vermögen, dürfte in absehbarer Zeit ein Aufraffen zu ruhiger Arbeit und gesundere Verhältnisse für die Zukunft zu erwarten sein.

Das amerikanische Volk hat durch die Wahl des neuen republikanischen Präsidenten Harding die ganze Welt davon verständigt, daß der Versailler Friede mit dem berüchtigten Völkerbunde ein Unding ist, und daß England und Frankreich den Gedanken aufgeben müssen, unter Vorspiegelung allgemeiner und demokratischer Ideen von Humanität auf Kosten von Amerika die Vorteile des Sieges an sich reißen zu können. Amerika soll überall hilfreich eingreifen, soll überall seine Finanzen frei zur Verfügung stellen, aber muß nach Englands und Frankreichs Ideen von sonstigen kommerziellen und weltpolitischen Entwicklungen ferngehalten werden. Es soll und muß sich dem alten Ränkespiel fügen! Gerade diese Momente haben das amerikanische Volk aufgeweckt und es zur Erkenntnis gebracht, daß wohl die physische Macht der Zentralmächte, besonders Deutschlands, temporär zu brechen war, daß aber der Geist, das Wissen und das Können jenes Landes eine unbedingte Notwendigkeit für die ganze Weltordnung bedeutet. Diese Erkenntnis beginnt sich heute fast allgemein in Amerika zu verbreiten und wird bereits durch industrielle Zeitschriften eingehend und zum Nutzen Amerikas weiter entwickelt. Hierin gipfelt der Wendepunkt für die momentanen traurigen Verhältnisse Deutschlands, und mit der Einführung des neuen Präsidenten wird der sofortige Frieden mit Deutschland eintreten. Dieser amerikanisch-deutsche Frieden ist unbedingt notwendig, nicht allein, um Deutschland zu helfen, nein, um auch in Amerika wieder ein Erwachen des ganzen geschäftlichen Lebens in Bewegung zu setzen.

Amerika kann die augenblickliche Versumpfung des ganzen Welthandels nicht mehr lange ertragen, es bricht in seinen Ueberproduktionen an Rohstoffen und Lebensmitteln ohne Ausfuhr in seinen großen industriellen Unternehmungen zusammen. Es kann nicht mehr ohne Ausfuhr irgendeiner europäischen Macht einen Regierungskredit gewähren, da solche Kredite gemäß der Konstitution bereits die Grenze erreicht haben. Amerika ist deshalb gezwungen, einen allgemeinen und europäischen Weltfrieden zu fördern, um nicht allein seine eigenen Interessen zu wahren sondern auch die Gesundung des internationalen Handels mit einem auf friedlicher Grundlage aufgebauten Frieden zu bedingen. Wie weit Amerika mit seinen großen politischen Tendenzen bei den alliierten Regierungen durchzudringen vermag, wird mehr oder weniger von den großen arbeitenden Massen der einzelnen Länder abhängen. Zweifellos sind diese Massen des Hasses, des Kampfes und des überreizten Ehrgeizes einer Handvoll Politiker überdrüssig. Die Völker trachten alle nach einer allgemein friedlichen Weltverständigung. Die Vorbedingung dieser Weltverständigung ist der internationale Handel und die gesamte Weltindustrie, die beide das friedliche Leben aller Völker in sich bergen.

Ziehen wir alle diese wichtigen kommerziellen und politischen Fragen zusammen, so sind wir der Ansicht, daß das große demokratische Amerika in jeder Beziehung die Macht besitzt, den langersehnten Weltfrieden 1921 zu schaffen. Deutschland wird von Amerika seine finanzielle Hilfe erhalten, muß aber dafür sorgen, daß das weitere innere Zerfleischen aufhört, und mit dem amerikanisch-deutschen Frieden wird unbedingt auch eine Erleichterung des furchtbaren Versailler Friedens eintreten. Die Weltfinanzen verlangen solches, und ohne Amerika und Rußland ist eine finanzielle Gesundung einfach unmöglich, denn diese beiden Länder sind durch ihre natürlichen Hilfsquellen entscheidend. Aus den angeführten Gründen müssen wir es augenblicklich unterlassen, bindende Preisnotierungen der von uns geführten und Ihnen bekannten Waren zu geben, denn die täglichen Schwankungen sind so groß, daß unsere Preise bei Briefaufgabe den täglichen Kabelangeboten gegenüber als unmögliche Konkurrenz und als ein falsches Bild des wirklichen Marktes erscheinen. Wir müssen ferner bis zur Besserung des ganzen überseeischen Handels darauf bestehen, daß uns bei Erteilung irgendwelcher Aufträge Kredite in Newyorker Banken eröffnet werden. Wir bemerken jedoch, daß wir hierin eine Besserung eintreten lassen werden, sobald die finanzielle Lage geklärt ist.

Kleine politische Meldungen.

Die Regierung bleibt bei ihrem Nein! Der B. Z. zufolge erklärte Reichsminister Simons in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Hearst-Presse von Wiegand auf die Frage, ob die Regierung wirklich bei ihrem Nein bleiben werde:

Ich kann nur sagen, wenn die deutsche Regierung auch nur ein Jota von der Erklärung abweicht, die ich im Reichstage in ihrem Namen abgegeben habe, daß nämlich die Pariser Beschlüsse für uns unannehmbar sind, so bleibe ich nicht länger im Amte und werde das Meinige dazu tun, daß mein Nachfolger nur dieselbe Politik betreiben kann wie ich. Auf die Frage Wiegands, was geschehen würde, wenn die Alliierten Zwangsmaßnahmen ergriffen, erwiderte Simons: **Dann müssen wir eben einige Zeit leiden und das Leid ertragen.**

Die Konferenz der Ministerpräsidenten. Amtlich wird gemeldet: Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers fand am Sonnabend eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett über die durch die Note vom 29. Januar geschaffene politische Lage statt. Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Uebersicht über den Inhalt und die weiteren Absichten des Reichskabinetts. Der Reichswirtschaftsminister ergänzte diese Ausführungen nach der wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern legte die im Inland zu ergreifenden Maßnahmen dar. Sämtliche Anwesenden erklärten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichskabinetts, wie sie sich aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen vom 1. Februar ergibt.

Der Arbeitsplan des Reichstages. Nach den vorläufigen Arbeitsdispositionen des Reichstages soll nach Wiederaufnahme der Arbeiten nach der Wahlpause in erster Linie der Etat gefördert werden, damit er bis Mitte März verabschiedet werden kann. Ferner wird die wegen der Beratung über die Reparationsnote zurückgestellte Interpellation über Oberschlesien Ende Februar besprochen werden. Sollte die auswärtige Lage ein Zusammentreten des Reichstages vor den preußischen